



c/o Ralf Henze
Wasgaustraße 26
67065 Ludwigshafen

Tel. (0621) 57 24 00 07
Fax (0621) 57 24 00 08

Koordination@BasisGruen.de
<http://www.BasisGruen.de>

im April 2000

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Mitglieder,

dies ist der erste bundesweite BasisGrün-Rundbrief in diesem Jahr. Wir - das ist der im Januar gewählte SprecherInnenrat von BasisGrün - werden Euch, die Ihr nicht per E-Mail mit uns „vernetzt“ seid, mit solchen Rundbriefen auf dem Laufenden zu halten versuchen. Das wird in eher unregelmäßigen Abständen erfolgen, aber so oft wie nötig und möglich - abhängig sowohl vom politischen Geschehen wie auch von unserem zeitlichen und finanziellen Freiraum.

Der beständige Informationsfluss läuft über E-Mail in diversen Verteilern zu verschiedenen politischen Fachbereichen, allgemeiner Debatte oder auch nur wichtigen Informationen. Wer inzwischen eine E-Mail-Adresse hat, teile das doch bitte per Mail an <Koordination@BasisGruen.de> mit und wird dann über die verschiedenen Verteiler genauer informiert. Allen anderen stehen neben den Rundbriefen unsere unten aufgeführten Telefon- und Fax-Nummern zur Verfügung.

Dieser Rundbrief enthält

- die **Frankfurter Erklärung**, die bei unserem ersten (BDK-unabhängigen) bundesweiten Treffen am 15.1.2000 beschlossen wurde und zusammen mit der Erfurter Erklärung die Grundsätze von BasisGrün festlegt
- den Kommentar des SprecherInnenrates zur **BündnisGrünen BDK in Karlsruhe** vom März 2000
- die **Erklärung des SprecherInnenrates zur Atompolitik** vom 5.4.2000
- eine Buchempfehlung zu **Alternativen zur Politik der rot-grünen Neuen Mitte**
- ein **Mitgliedsformular**

Die Möglichkeit der Mitgliedschaft – und damit eines finanziellen Beitrags zur basisgrünen Arbeit – gehört ebenso wie der gewählte SprecherInnenrat zu den Strukturen, die wir uns in Frankfurt gegeben haben, um fassbarer und damit noch handlungsfähiger zu sein. Der SprecherInnenrat ist beauftragt, die Gründung eines Fördervereins in die Wege zu leiten, damit Beiträge und Spenden steuerlich absetzbar sind. Doch Mitglied werden ist schon jetzt möglich. Der Mindestbeitrag beträgt DM 5,- pro Monat (nach oben sind die Grenzen selbstverständlich offen). Mitgliedsbeiträge und Spenden entscheiden z.B. mit über die Häufigkeit der Verschickung von Rundbriefen.

Unser **nächstes bundesweites Treffen** wird am **16.9.** wieder in **Frankfurt** stattfinden. Wir werden bei dieser Gelegenheit den Förderverein gründen, uns aber vorrangig mit anstehenden inhaltlich-politischen Themen befassen. Die ausführliche Einladung bekommt Ihr rechtzeitig.

Zu landesweiten Treffen wird gesondert eingeladen, das nächste findet in **Bayern** am **12./13. Mai in Rosenheim** statt.

Mit herzlichen Grüßen

SprecherInnenrat BasisGrün

PS: Wir freuen uns über weitere Verbreitung unseres Rundbriefes (und natürlich besonders über jedes weitere Mitglied)

Der SprecherInnenrat (SprecherInnenrat@BasisGruen.de):

Ralf Henze	Tel. (0621) 57 24 00 07	Fax (0621) 57 24 00 08	Henze@BasisGruen.de
Karl-W. Koch	Tel. 06593-989260	Fax 06593-989261	Koch@BasisGruen.de
Sylvia Kotting-Uhl	Tel. 07261-12462	Fax 07261-63650	Kotting-Uhl@BasisGruen.de
Wolfgang Strengmann	Tel. 069-5486742	-	Strengmann@BasisGruen.de
Annedore TeysseDon	Tel. (07631) 48 43	-	-
Felicitas Weck	Tel. 0511-311222	Fax 0511-311222	Weck@BasisGruen.de
Ursula Zehfuß	Tel. 0611- 408258	Fax 0611- 407589	Zehfuss@BasisGruen.de

AnsprechpartnerInnen in den Ländern:

Bayern: Conny Folger, Tel. 089/1596802, Fax: 089/155057, E-Mail: Martin.Ottensmann@t-online.de

Ba-Wü: Sylvia Kotting-Uhl

NRW: Karin und Peter Schmidt, Tel./Fax 0221 - 79 54 90, E-Mail: schmidt.kp.ac@t-online.de

Rheinland-Pfalz: Karl-W. Koch

Hessen: Wolfgang Strengmann

Niedersachsen: Fee Weck

Kontakte in die anderen Länder: Ralf Henze

Internet: <http://www.BasisGruen.de>

Adresse für E-Mail-Verteiler etc.: Koordination@BasisGruen.de



Unsere Zukunft ist links: sozial, ökologisch, gewaltfrei, basisdemokratisch und emanzipatorisch

Programmatische Erklärung von BasisGrün

Frankfurt am Main, den 15.01.2000

1998 gewann die SPD die Bundestagswahl erdrutschartig, weil sie die Gerechtigkeitslücke nach 16 Jahren neoliberaler Politik erfolgreich thematisieren konnte. Mit der Formel "Innovation und soziale Gerechtigkeit" versprach sie, das Land zu modernisieren. Ihr neuer Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen erlitt bei der Wahl zwar leichte Verluste, doch gemeinsam reichte es zu einer sicheren Mehrheit.

Seitdem sind hingegen alle Wahlen in Deutschland zu Plebisziten gegen die rot-grüne Bundesregierung geraten. Große Teile der rot-grünen Stammwählerschaft protestieren seither durch Wahlabstinenz oder durch Wählen anderer Parteien vor allem dagegen, daß der erhoffte Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit nicht erfolgt ist.

Die Hinwendung zu einer militärischen Außenpolitik, das nicht akzeptable Ausstiegsszenarium aus der Atomenergie, die Fortsetzung einer rigiden Asylpolitik und der Ausfall eines ökologischen Politikwechsels verletzen grundsätzliche grüne Positionen.

Während sich in Ostdeutschland die PDS des von Rot-Grün verlassenen Terrains der sozialen Gerechtigkeit bemächtigen kann, verwaist es im Westen.

Die politische Linke identifiziert sich von jeher über das Ziel sozialer Gerechtigkeit, der Parteinahme für die wirtschaftlich Schwachen im gesellschaftlichen Verteilungs- und Gestaltungskampf gegenüber den Starken. Dies gilt für die ökologische, pazifistische und feministische "neue" Linke nicht minder als für die "alte". Ein Teil der grünen Linken ist im Zuge der gewollten "Häutung" durch den Bielefelder Parteitag zum NATO-Krieg im Kosovo gegangen. Die von manchen Grünen gewünschte „Auswechslung der Mitgliedschaft“ ist in vollem Gange. Nachdem grüne Führungspersonen in Land und Bund sich immer unverhohlener ins Lager der neoliberalen "Modernisierung" stellen und andere darin kein ernstes Problem sehen wollen, ist zu erwarten, daß nunmehr auch entsprechende programmatische Veränderungen folgen sollen.

BasisGrün steht dagegen für Ziele, die einmal die Basis der Grünen Partei waren und für viele Mitglieder immer noch sind. Ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit,

Demokratisierung von Wirtschaftsleben und Politik, sowie die Emanzipation von Mann und Frau, von strukturell benachteiligten und unterdrückten Minderheiten, sind dabei Ziele, die sich gegenseitig bedingen und eine unauflösliche Einheit bilden. Auf ihrer Grundlage muß ein zeitgemäßes gesellschaftliches Zukunftsprojekt formuliert werden. Die linken Konzepte der 70er und 80er Jahre reichen dazu allerdings nicht mehr aus. Dennoch enthalten sie wertvolle, aus der Erfahrung realer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und aus der Einsicht in fortbestehende Zukunftsrisiken gewonnene Orientierungen. Die Verwirklichung der genannten Ziele ist dabei nur in einem schrittweisen Prozeß denkbar, der die Veränderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zum Ziel hat und gleichzeitig die globalen Ursachen und Wirkungen mit berücksichtigt.

In BasisGrün sind sowohl Menschen organisiert, die in verschiedenen Grünen Parteigremien mitarbeiten, um diese Ziele zu verwirklichen und die Parteimehrheit mit besseren Argumenten zu überzeugen, als auch Menschen, die der Partei - zum Teil nach langjähriger aktiver Mitarbeit - den Rücken gekehrt haben, z. T. eine andere politische Perspektive gewählt haben oder noch nie in der Grünen Partei waren und innerhalb der Partei Bündnis 90/Die Grünen keine Perspektive (mehr) zur Verwirklichung der oben genannten Ziele sehen.

Für uns geht es vor allem darum, eine Basis zu bieten für alle - seien es Grüne, Ex-Grüne oder noch-nie-Grüne, die bereit sind auf Basis der genannten Ziele eine gesellschaftliche Perspektive zu entwickeln. Heraustreten aus der ZuschauerInnen Demokratie ist heute notwendiger denn je. Es geht um die Neuformierung eines handlungs- und politikfähigen gesellschaftlichen Pools, der eine zeitgemäße Alternative entwickelt und in die öffentliche Debatte bringt.

Und deshalb wollen wir – vor allem folgende Punkte – mit Inhalt füllen:

- **Eine–Welt Politik: Global denken - lokal handeln**
- **Grund- und Menschenrechte ausbauen und stärken**
- **Entmilitarisierung und Zivilisierung der Außenpolitik**
- **Ökologischer Umbau erfordert auch gezielte Schrumpfung und Selbstbeschränkung**
- **Bildung ist Emanzipation**
- **Den Markt regulieren, die Wirtschaft demokratisieren**
- **Den Sozialstaat erneuern und weiterentwickeln**
- **Die Erwerbslosigkeit abbauen - die Arbeitsgesellschaft erneuern**
- **Zukunftsfähige solidarische Finanzpolitik**
- **Enthierarchisierung der Politik**

Liebe BasisGrüne,

die BDK in Karlsruhe ist vorbei. Grund genug, ein Resümee zu ziehen. Was haben wir mit unserem Einsatz erreicht - sind wir zufrieden?

Der erste Eindruck: die grünen Linken haben eine Geschlossenheit gezeigt wie nie zuvor. Ein guter Grund zufrieden zu sein. Andererseits: Ganz gereicht hat es zumindest im Bereich Atom noch nicht - daran müssen wir weiter arbeiten.

Thema Atom:

Wir hätten gerne einen unserer Anträge durchbekommen, die bekanntlich schärfer als der des Bundesvorstandes waren. Nachdem Jürgen Trittin mit seiner Rede die meisten Delegierten hinter sich gebracht hatte, (und wäre Jürgens Rede ein Antrag gewesen - wir hätten ihn unterstützen können) waren wenig Chancen zu erkennen, dass mehr als der Niedersachsen-Antrag, der uns aber eigentlich nicht weit genug ging, zum Leitantrag wird.

Bereits im Vorfeld war mit allen linken AntragstellerInnen eine einheitliche Linie vereinbart worden. Mit allen war ein solidarischer Umgang besprochen worden - gegen den Antrag des BuVos. Diese Vereinbarungen wurde von allen eingehalten und wir möchten uns an dieser Stelle dafür noch einmal sehr bedanken. Es hat sich gezeigt: Gemeinsam sind wir stark!

Des weiteren wurden schon im Vorfeld der BDK viele Änderungsanträge vorbereitet - sozusagen für den Fall der Fälle - um in den verbleibenden Leitantrag hinein gestimmt zu werden.

Um die Chancen auf einen halbwegs vernünftigen Beschluß mit Änderungsanträgen wieder zu vergrößern, zogen wir kurz vor der Abstimmung nach Absprache zwischen den AntragstellerInnen alle Anträge links von Niedersachsen zurück. Angesichts der Stimmung im Saal nach Trittins Rede und der Zermürbung der Delegierten durch vier Stunden Redebeiträge war dieser Weg unseres

Erachtens der einzig erfolgversprechende. Auch diese Absprache zeigte Erfolg. Der Niedersachsen-Antrag erhielt im ersten Meinungsbild (nach unserer Einschätzung) fast die gleiche Zustimmung wie der des BuVos. Nachdem in schriftlicher Abstimmung das bekannt knappe Ergebnis (ca. 46% gegen 54%) bekannt gegeben wurde und damit der BuVo-Antrag als Leitantrag angenommen war, zeigte sich ein weiterer Vorteil dieses geschlossenen Auftretens. Der BuVo übernahm in geschickter Weise noch einige Verschärfungen für den eigenen Antrag - um eine größeren Zustimmung in der Endabstimmung zu erreichen.

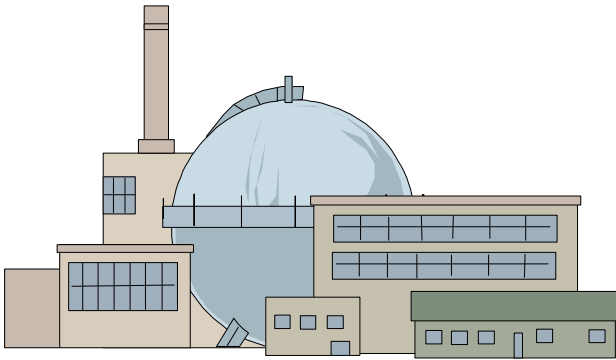


Das Ergebnis für den Niedersachsen-Antrag bewerten wir in Anbetracht des Austritts vieler Aktiver nach Bielefeld als einen großen Erfolg!

Im am Ende beschlossenen Papier wurden einige Punkte aufgenommen, die den sehr weich formulierten Antrag des BuVos doch noch ein bisschen aufgepeppt haben und die sehr gut geeignet sind, Bundesvorstand, Fraktion und Kabinettsmitgliedern bei den Bemühungen um den Atomausstieg gegenüber SPD und AKW-Lobby den Rücken zu stärken - so sie denn bereit sind, sich für diese Punkte einzusetzen:

- ⇒ Sicherheitsorientierter Vollzug des bestehenden Atomgesetzes
- Alle AKW dürfen bis zu ihrer Stilllegung nur unter strengsten Sicherheitsauflagen fortbetrieben werden. Der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik ist anzuwenden.
- Erforderliche Nachrüstungen sind

durchzuführen. Sicherheit hat absoluten Vorrang.



⇒ Im Karlsruher Beschluss wurde festgelegt, dass solange der Atomausstieg nicht gesetzlich und abschließend geregelt ist, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen jeden anstehenden Castor-Transport im Land mobilisieren und sich auch weiterhin **ausserparlamentarisch** für die Stilllegung der Atomkraftwerke einsetzen und uns an den Protesten der Anti-AKW-Bewegung gegen Castortransporte beteiligen werden: In Ahaus, in Gorleben und anderswo!

⇒ Die Kapazität der externen (dezentralen) Zwischenlager an den AKW-Standorten darf deshalb die klar definierte Restlaufzeit des jeweiligen AKW juristisch wie baulich nicht überschreiten.

Trotzdem bedauern wir, dass sich die Linie des BuVos 30 plus 3 durchgesetzt hat und aus dem Ausstieg ein tröpfelndes Auslaufen geworden ist.

Die Strukturreform:

Auch hier gab es einen großen Erfolg, denn die Strukturen wurden verändert, und zwar positiv in unserem Sinne. Die Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat wurde verhindert, ebenso ein Präsidium, das die Handlungsfähigkeit des BuVos stark einschränkt und auf die Durchführung der Formalia beschränkt wie von Fischer und Co gewünscht.

Es wird einen verkleinerten Parteirat (16 Mitglieder) geben, der für bestimmte festgeschriebene Aufgaben steht und (nur!) zur Erfüllung dieser Aufgaben Beschlüsse fassen kann, aber eindeutig dem Bundesvorstand nachgeordnet ist. Außer den drei gesetzten BuVo-Mitgliedern werden alle Mitglieder

des Parteirates von der BDK gewählt.

Einziges Wermutstropfen ist, daß die Frauenpolitische Sprecherin nicht mehr satzungsmäßig festgeschrieben ist.

Panzerlieferungen

Auch die deutliche Ablehnung von Panzerlieferungen, und zwar auch in die Vereinigten Arabischen Emirate, ist als Erfolg zu bewerten. Nur mit einem 9-Stimmen-Vorsprung wurde ein Passus verhindert, dass im Fall einer Lieferung in die Türkei die Koalition zu verlassen ist. Viele der Delegierten, die jetzt gegen Koalitionskonsequenzen gestimmt haben, folgten dabei nur dem Argument, es schwäche die Verhandlungspositionen innerhalb der Koalition, würden bereits jetzt unabänderbare Reaktionsschritt festgelegt. Im Falle der tatsächlichen Lieferung von Panzern wird also erneut die Frage zu stellen sein, wie damit umzugehen ist.



Fazit: Die Grüne Linke ist als relevante Größe wieder vorhanden, kann nach dieser BDK auch nicht als ewige Nein-Sager diffamiert werden, sondern hat sich als wieder erstarkte Strömung mit ihren Inhalten in den gefassten Beschlüssen verankern können. Diese Erfolge gilt es bei der nächsten BDK auszubauen.

Wichtig ist aber auch, daß wir uns weiter politisch positionieren, innerhalb aber auch außerhalb der Grünen, um weiter an politischem Gewicht zu gewinnen.

Mit basisgrünen Grüßen

Der SprecherInnenrat von BasisGrün

Erklärung des BasisGrünen SprecherInnenrates zur Atompolitik

Die BDK in Karlsruhe hat mehrheitlich den Kurs der grünen Bundestagsfraktion bezüglich der Ausstiegsfristen bestätigt. Für die Atomkraftgegner in der Partei ist die Entscheidung für die "30 + 3 Jahre" ein herber Rückschlag. Es gab bei den Delegierten eine 46%ige Minderheit, die diesen Weg nicht mitgehen wollte. In der Gesamtpartei ist es unserer Einschätzung nach wahrscheinlich sogar die Mehrheit, die das nicht kritiklos mitträgt. Dennoch akzeptieren wir, sofern wir Grüne Mitglieder sind, diese demokratisch getroffene Parteientscheidung.

Die **Strategie für BasisGrün** wird zweigleisig sein. Wir werden innerhalb der Grünen einfordern, daß im Rahmen der Beschlüsse von Karlsruhe der Ausstieg per Gesetz umgehend auf den Weg gebracht wird. Gleichzeitig werden wir außerparlamentarisch den Druck verstärken.

Es ist sicher richtig, dass ohne die Grünen der Atomausstieg politisch nicht umgesetzt werden wird. Es ist aber auch richtig, dass die 30 + 3 Jahre kein Ausstieg, sondern eine Bestandsgarantie für die AKW-Betreiber sind. Wir fordern die Regierung auf, die derzeit bereits vorhandenen rechtlichen Spielräume restriktiv zu nutzen. So sind z.B. die Geschäftsbeziehungen zu den Fälschern von Sellafield abubrechen, die Haftungsvorsorge der AKW-Betreiber auf realistische Werte zu erhöhen und

Castortransporte aufgrund der gefälschten Grundlegendaten bei den Computersimulationen erst nach neuen wirklich ausgeführten Crashtests zuzulassen. Wir erwarten, dass jedes Verhandlungsergebnis von einer weiteren BDK (oder besser per Urabstimmung) anzunehmen oder mit allen Konsequenzen abzulehnen ist.

Wir werden Jürgen Trittin an seinen Taten messen, seine Rede von Karlsruhe ist dabei der Maßstab.. Solange er seine Worte konsequent

umsetzt, hat er unsere Unterstützung. Wird von ihm, von den Grünen in der Regierung oder der grünen Fraktion der Karlsruher Beschluss allerdings zur Verzögerung oder zum "Aussetzen" des Problems missbraucht, so stehen wir auf unterschiedlichen Seiten. Der erste Castortransport setzt dabei die absolute, unverrückbare Grenze - bis zu diesem Zeitpunkt MUSS ein Ausstiegsgesetz verabschiedet sein.

Für die Grünen innerhalb von BasisGrün sind die jetzt stattfindenden Austritte, z.B. der Kreistagsabgeordneten in Lüchow-Dannenberg oder von Renate Backhaus, bedauerlich, da sie bei den weiteren Auseinandersetzungen um den richtigen Weg in der Atompolitik innerhalb der Partei unsere (noch) starke Position schwächen. Mit dem Austritt werden nicht die Grünen in ihrer Gesamtheit geschwächt, sondern der atomkritische (und damit derzeit der regierungskritische) Flügel der Partei. Die Austritte sind aber nachvollziehbar und in ihrer Konsequenz verständlich. Wir wissen, daß die Ausgetretenen weiterhin aktiv gegen die Nutzung der Atomenergie kämpfen werden. **BasisGrün bietet sich als Zusammenschluss von Aktiven innerhalb UND AUSSERHALB der grünen Partei als Forum an. Ohne außerparlamentarischen Druck wird der Atomausstieg nicht vollziehbar sein.** Wir werden deshalb mit und in BürgerInnen-Initiativen, Umweltverbänden und anderen Organisationen gegen Castortransporte mobilisieren, für ein Verbot der Wiederaufarbeitung kämpfen, gegen die Erforschung von Schacht Konrad und dem Salzbergwerk in Gorleben demonstrieren, gegen Exporte von Atomanlagen und Unterstützungen für die Nutzung von Atomkraft im Ausland protestieren und Kampagnen und Aktionen für ein vorzeitiges Ende der Atomkraft mitinitiiieren und unterstützen.

SprecherInnenrat BasisGrün

Neuerscheinung:

Klaus Dräger/Annelie Buntentbach/Daniel Kreutz

Zukunftsfähigkeit und Teilhabe

Alternativen zur Politik der rot-grünen Neuen Mitte

124 Seiten, Paperback, DM 14,80, ISBN 3-87975-779-8

VSA-Verlag März 2000;

Bestelladresse: VSA-Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Tel. 040/280 505 67, **Fax 040/280 505 68,**

e-mail: info@vsa-verlag.de Website: <http://www.vsa-verlag.de>



Liebe Freundinnen und Freunde,

die Krise der CDU im Gefolge der Parteispendenaffäre hat rot-grün eine unverhoffte Atempause und eine Chance zur Konsolidierung verschafft. Die Landtagswahl in Schleswig Holstein hat die Serie rot-grüner Wahlniederlagen in den Ländern vorerst beendet. Dennoch bewegt sich die Parteienlandschaft der Bundesrepublik in eine Umbruchphase, die von vielen Unwägbarkeiten geprägt ist.

Die politische Linke in der Bundesrepublik hat Schwierigkeiten, mit dieser Entwicklung Schritt zu halten. Die Auseinandersetzung mit den Konzepten der Neuen Mitte steht erst am Anfang. Dies wird durch die internationale Debatte über den Dritten Weg unterstrichen. Bill Clintons „New Democrats“, Tony Blairs „New Labour“, die niederländische Regierung mit dem Verweis auf ihr „Polder Modell“, Gerhard Schröders „Neue Mitte“, und die Spitze der Europäischen Kommission unter ihrem Präsidenten Romano Prodi (New Europe – New Economy) beteiligen sich daran in vorderster Front.

Wir wollten einen spezifischen Beitrag zu dieser Debatte leisten, der nun als Buch im Hamburger VSA-Verlag erschienen ist. Einleitend beleuchten wir die Widersprüche des gängigen Modernisierungsdiskurses in Deutschland. Im ersten Kapitel analysieren wir das Gesellschaftsprojekt der Neuen Mitte in Deutschland, die Einbindungspolitik gegenüber den Gewerkschaften und die Veränderungsprozesse, die SPD und Grüne als tragende Parteien der neuen Regierung durchlaufen haben.

Die Europäische Union wird inzwischen mehrheitlich von Mitte-links-Regierungen geführt. Mit Schröders Wahl in Deutschland verbanden sich auch Hoffnungen auf einen Politikwechsel in Europa. Im zweiten Kapitel untersuchen wir deshalb, wie der Dritte Weg durch die EU-Politik vorangetrieben wird. Im dritten Kapitel gehen wir mit einer kleinen *tour d'horizon* über die Ursachen der strukturellen Krisen und die jüngste Entwicklung des globalen Kapitalismus der Frage nach, ob niedrigere Löhne und eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte wirklich mehr Arbeitsplätze schaffen.

Im vierten Kapitel entwickeln wir schließlich unsere Überlegungen für eine Alternative zum Dritten Weg, die auf Zukunftsfähigkeit, Teilhabe und eine solidarische Erneuerung der Sozialsysteme abzielt. Wir konzentrieren uns dabei auf die „neue Verteilungsfrage,“: die Verteilung von Reichtum, Erwerbsarbeit und Zugang zu sozialer Sicherung, aber auch um eine andere Fokussierung der Demokratiefrage - nämlich die Verteilung gesellschaftlicher Chancen, Einflussmöglichkeiten, ökologischer Ressourcen jenseits der Privatisierbarkeit.

Ob es ein gesellschaftliches Potential geben kann, das eine solche Alternative trägt, und welche Aufgaben für die Linke daraus erwachsen, betrachten wir im abschließenden fünften Kapitel.

Das Buch kann in jedem Buchladen oder direkt beim VSA-Verlag bestellt werden (Adresse siehe oben). In der Anlage findest Du weiterhin ein Kurzinfo dazu.

Wir würde mich freuen, wenn unser Diskussionsbeitrag auf Dein Interesse stößt und wir damit vielleicht eine Debatte über die Zukunftsaufgaben der Linken anregen können. Rückmeldungen, Kritik, fachliche Hinweise und so weiter sind mir wie auch meinen MitautorInnen herzlich willkommen.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Dräger



Mitgliedschaft

Ich möchte entsprechend des Beschlusses des Frankfurter Treffens am 15./16.01.2000 Mitglied bei BasisGrün werden

Name		
Vorname		
Straße		Stadt/Kreis:
PLZ Ort		Bundesland:
Tel.		Fax:
Fax		
E-mail		
Beitrags- höhe in DM	pro Monat / Quartal / Jahr (Nichtzutreffendes bitte streichen)	
Einzugsermächtigung	Name der Bank	
	Bankleitzahl	
	Kontonummer	
Ich überweise lieber selbst ☹		
Unterschrift		Datum:

Bankverbindung: BasisGrün Volksbank-Raiffeisenbank Rendsburg eG (BLZ 214 666 40) Kontonr. 2 20 26 73

BasisGrün c/o Ralf Henze Wasgaustr. 26 67065 Ludwigshafen Tel. (0621) 57 24 00 07 Fax (0621) 57 24 00 08